

Christoph Wulf/Jacques Poulain/Fathi Triki (Hrsg.), Europäische und islamisch geprägte Länder im Dialog. Gewalt, Religion und interkulturelle Verständigung, Berlin (Akademie Verlag) 2006.

Ein Aufschrei der Empörung ging durch die islamische Welt. Tausende Demonstranten rund um den Globus, brennende dänische Nationalflaggen und Angriffe auf europäische Botschaften. Der so genannte Karikaturenstreit zeigte die Kluft und das Unverständnis auf beiden Seiten deutlich. Hardliner und Fundamentalisten in beiden Lagern schüren ganz bewusst den Hass, um ihn für ihre Ziele zu instrumentalisieren und einen Kampf der Kulturen künstlich herbeizuzwingen. Der Bedarf nach interkulturellem Austausch ist demnach sehr groß.

Als Resultat einer von der Deutschen UNESCO-Kommission und der Anna-Lindh-Stiftung in Alexandria veranstalteten Tagung setzt der vorliegende Sammelband »Europäische und islamisch geprägte Länder im Dialog« genau an dieser Stelle an. Dabei, so die Herausgeber Christoph Wulf, Jacques Poulain und Fathi Triki, »geht es um den Austausch von Kenntnissen, Einsichten und Perspektiven mit dem Ziel, das Verständnis füreinander zu erweitern und zu vertiefen« (S. 14). Thematisch in vier Abschnitte gliedert, kommen vornehmlich Philosophen und Kulturwissenschaftler, aber auch Politik-, Sprach- und Erziehungswissenschaftler aus beiden Kultursphären zu Wort.

Im ersten Abschnitt »Religion und Gewalt« werden verschiedene Aspekte dieses Verhältnisses beleuchtet, wobei vor allem die Möglichkeiten der drei monotheistischen Weltreligionen zur Förderung einer friedlichen Koexistenz hervorgehoben werden.

Fathi Triki sieht im Hyperkapitalismus, Rassismus und Kolonialismus des Westens eine Bedrohung, die Widerstand notwendig macht, dessen wirksamstes Mittel aber nicht die Gewalt, sondern der interkulturelle Dialog sei. Im nächsten Kapitel betrachtet Thomas Scheffler die drei monotheistischen Buchreligionen und kommt zu dem Ergebnis,

dass in allen drei Fällen eine wörtliche, zeitlose und universelle Geltung des geschriebenen Wortes dessen kanonischem Charakter widerspreche. Dabei sei besonders die auf Versöhnung abzielende Umdeutung von Gewalterzählungen und die Vielschichtigkeit der Texte zu beachten. Darauf folgend beschäftigt sich Christina von Braun mit Geschlechterordnungen zwischen Orient und Okzident und geht dabei auch auf die viel diskutierte »Kopftuchdebatte« ein. Die Frage, ob Religion ein Hindernis des interkulturellen Dialoges darstellt und ob sie als Quelle des Terrors anzusehen ist, versucht Mehrez Hamdi für den Islam zu beantworten.

Der zweite Abschnitt des Sammelbandes widmet sich dem viel diskutierten Spannungsverhältnis von »Politik und Religion«. Der erste Beitrag in diesem Kontext stammt von Reyes Mate und beschäftigt sich vor allem mit den Ausführungen des Religionssoziologen und Philosophen Jakob Taubes. Im darauf folgenden Kapitel wird durch Sadik J. Al-Azm eine arabische Sichtweise von Terrorismus, dem westlich-islamischen Verhältnis und der These des Kampfes der Kulturen angeboten. Hierbei sei letzterer in gewisser Weise bereits existent, allerdings sei der Islam zu schwach um eine ernsthafte Bedrohung für den Westen darzustellen. Die Verflechtung von Politik und Islam in Form des islamistischen Fundamentalismus ist dann das Thema Mustapha Laarissas, wobei für alle Islamisten die untrennbare Synthese zwischen *din* (Religion) und *dawla* (Politik) gelte. Außerdem geht Laarissa auf weitere verschiedene islamische Konzepte ein, wie etwa die *hakimiya* (ausschließliche Macht Gottes) oder die *choura* (Beratung).

Ausgehend von einer Defizitdiagnose der heutigen Demokratien setzt im letzten Beitrag dieses Abschnitts Rachida Triki das Konzept der plurikulturellen Demokratie den angenommenen demokratischen Problemen entgegen.

Im daran anschließenden dritten Abschnitt »Globalisierung und Kultur« wird auf den Einfluss der Globalisierung auf kulturelle Identitäten allgemein und auf das Verhältnis zwischen den

Kulturen im Speziellen eingegangen. Letzterer Punkt wird von Mona Abou-senna erfasst, die in ihren Erörterungen die Frage aufwirft ob ein interkultureller Dialog angesichts der globalisierten Gewalt des islamistischen Fundamentalismus und Terrors noch möglich ist. In gewissem Gegensatz zu dieser eher pessimistischen Perspektive sieht Mourad Wahba durch das »Quartett der Zukunft« (S. 152) – bestehend aus den Elementen Universalismus, Globalisierung, Interdependenz und Kreativität – eine Auflösung von religiösen Dogmen kommen: So werde der interkulturelle Dialog ermöglicht. Die nächsten Aufsätze befassen sich dann wieder mit Globalisierung und Gewalt. Während François de Bernard allgemein einen Zusammenhang zwischen zunehmender Armut, Gewalt und den ökonomischen Globalisierungserscheinungen herstellt, argumentiert Abd al-Karim al-Barghuti im Speziellen, dass durch die Auswirkungen der Globalisierung ein Nährboden für den Fundamentalismus sowohl im globalen ökonomischen Zentrum als auch in der Peripherie bereitet wird. Als eine Art Gegenentwicklung zur ökonomischen Globalisierung sieht Jacques Poulain »kulturelle Mondialisierungen« (S. 182) an.

Abschließend wird im vierten Abschnitt mit der Thematik »Dialog und Interkulturalität« der Versuch unternommen Wege eines dauerhaften interkulturellen Dialoges aufzuzeigen. Wie Benmeziane Bencherki und Antoine Seif zeigen, ist in besonderem Maße der Mittelmeerraum aufgrund seiner engen wirtschaftlichen, politischen und historischen Verknüpfung ein besonderer Raum des Dialoges, allerdings seien, so Seif, »die Rahmenbedingungen für einen vielversprechenden euro-mediterranen Kulturdialog nicht genügend gesichert« (S. 214). Durch eine Inhaltsanalyse von Fernsehsendungen versucht Teresa Velazquez dann aus einer kommunikationswissenschaftlichen Perspektive die mediterranen Wertvorstellungen und Ansichten zu erfassen. Hierbei werden auch die Möglichkeiten von Kommunikation zu transkulturellen Veränderungen diskutiert. Die Literaturwissen-

schaftlerin Elfie Poulain stellt in ihrem Beitrag einen Vergleich zweier Romane an, da durch die literarische Reflexion die Intoleranz, der fehlende Dialog als auch das mangelnde gegenseitige Verständnis sichtbar gemacht werden könnten.

Die abschließenden beiden Texte von Christoph Wulf und Traugott Schöfthaler heben vor allem das interkulturelle Lernen hervor, wobei nach Wulf besonders auch das »immaterielle kulturelle Erbe« von zentraler Bedeutung ist.

Benjamin Rebenich

Konrad Kögler, *Rechtlos in Guantánamo? Folgen des US-Supreme-Court-Urteils vom 28. Juni 2004*, Marburg (Tectum Verlag) 2007.

117,6 Quadratkilometer groß, zwischen 450 und 550 Gefangene und ein einziger weltweit bekannter Name – Guantánamo Bay. Bis zum heutigen Tage werden mehrere hundert Personen im Gefängnis auf Guantánamo ohne Anklage, in zum Teil nur aus Maschendraht bestehenden Zellen festgehalten, und die Weltöffentlichkeit fragt sich: Ist das rechtens? Eine Streitfrage, welche international, aber besonders national nicht unumstritten ist. Das oberste US-amerikanische Gericht – der Supreme Court – spielt dabei eine wesentliche Rolle. Dessen Entscheidung vom 28. Juni 2004 stellt den ersten Versuch einer juristischen Revidierung der Zustände in Guantánamo dar. Doch wie ist dieses Urteil zu bewerten und welche Auswirkungen hat es tatsächlich auf die Situation der Häftlinge? Eine Frage, mit der sich Konrad Kögler beschäftigte. Seine Analyse reicht dabei vom 11. September 2001 bis zum Anfang des Jahres 2005 und fußt auf einer breiten Dokumentenbasis aus unterschiedlichen Quellen.

Im Anschluss an die Einleitung gliedert sich das Buch in vier weitere Kapitel.

Während die zwei ersten Kapitel die politischen und vor allem rechtlichen Entwicklungen vor beziehungsweise nach dem Supreme-Court Urteil von 2004 umfassen, bietet Kögler in den beiden letzten Kapiteln eine Einschätzung der Auswirkungen des Phänomens Guantánamo auf die politische Ordnung der USA, das Völkerrecht und die internationalen Beziehungen sowie einen Ausblick auf die weiteren möglichen Entwicklungen.

Die zentrale These Köglers ist hierbei, dass das System Guantánamo auf einer zweisäuligen Argumentationskonstruktion aufbaut: der *Nichtzuständigkeit* der US-Justiz aufgrund der Inhaftierung auf fremdem Territorium und der unilateral erklärte *Nichtanwendbarkeit* der Dritten Genfer Konvention zum Schutz der Kriegsgefangenen, da den Gefangenen nicht der Status von Kriegsgefangenen zuzusprechen sei. Ziel dieser – maßgeblich von kleinen Zirkeln konservativer Hardliner im Präsidial- und Ministerialapparat geschaffenen – Konstruktion war es, die alleinige exekutive Verfügungsgewalt über die Gefangenen zu erlangen. Demnach wurde, so Kögler, mit der Etablierung von Guantánamo ein »Sonderrechtsstatus jenseits der geltenden Normen des nationalen Strafrechts und des Völkerrechts« (S. 39) etabliert, der keinem externen Kontrollmechanismen unterlag.

Die legislative Gewalt stellte in diesem Kontext kaum eine Beschränkung der Pläne dar, weil sie von einer republikanischen Mehrheit und dem Phänomen des »rallye around the flag« dominiert wurde.

Das Urteil des Supreme Court brachte nun die erste der beiden Säulen des Systems Guantánamo ins Wanken, indem es die Verfassungsgarantien auf Guantánamo ausweitete, eine richterliche Kontrolle zuließ, und somit die Nichtzuständigkeit der US-Justiz prinzipiell aufhob.

Kögler kommt nach Betrachtung der Entwicklungen der Combatant Status

Review Tribunals, der Militärkommissionen und den ersten Klagen vor US-Bezirksgerichten nach dem besagten Urteil zu dem Schluss, dass durch die Schwächung der einen Konstruktions Säule nicht nur der zweite Pfeiler ebenfalls geschwächt worden ist, sondern auch das gesamte System Guantánamo. Doch trotz erster positiver Anzeichen sei durch das Urteil noch keine nachhaltige Wende für die Inhaftierten erzielt worden.

Was die Implikationen des auch weiterhin bestehenden Gefängnisses in Guantánamo auf das größere politische und rechtliche Umfeld anbelangt, kommt Kögler zu folgenden Ergebnissen: Erstens führte das verletzte Sicherheitsgefühl im Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit zu einer klaren Verschiebung, welche die nationale Sicherheit zum bestimmenden Paradigma machte. Zweitens könne Guantánamo als »Knotenpunkt zweier Grundlinien der Bush-Administration« (S. 67) betrachtet werden, dessen Fäden aus dem Rückzug von multilateralen Bindungen im externen und einem exekutiven Machtausbau im Inneren bestehen. Drittens stellt Guantánamo auch einen Bruch der Strafrechtssystematik dar, da einige der getroffenen Maßnahmen auf der »prekäre[n] Konstruktion des Feindstrafrechts« (S. 74) basieren.

In seinem kurzen Resümee und Ausblick auf die Zukunft Guantánamos konstatiert der Autor dann einerseits, dass die weltweite Kritik ihre Berechtigung hat und ein amerikanischer Kurswechsel dringend erforderlich wäre. Allerdings sei dies nicht sehr aussichtsreich, denn selbst »nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs ist für die Häftlinge keine tief greifende und schnelle Verbesserung ihrer Situation in Sicht« (S. 82). Inwieweit sich die Situation nach dem zweiten Supreme Court Urteil des Jahres 2006 verändert hat, bleibt für weitere Forschungen offen.

Benjamin Rebenich